

Schwarz-grüne

**Zählergemeinschaftsvereinbarung
für Charlottenburg-Wilmersdorf
2023 - 2026**



Vereinbarung

zwischen

CDU Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf und BVV-Fraktion Charlottenburg-Wilmersdorf

und

Bündnis 90/Die Grünen Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf und BVV-Fraktion Charlottenburg-Wilmersdorf

Die unterzeichnenden Parteien und Fraktionen stimmen der Veröffentlichung dieser Vereinbarung zu.

Berlin, den 26.04.2023

(Klaus-Dieter Gröhler)
Kreisvorsitzender

(Lisa Deminger)
Mitglied des Kreisvorstandes

(Sandra Khalatbari)
stellv. Kreisvorsitzende

(Markus Nisch)
Mitglied des Kreisvorstandes

(Simon Hertel)
Fraktionsvorsitzender

(Dagmar Kempf)
Fraktionsvorsitzende

(Alexander Pönack)
stellv. Fraktionsvorsitzender

(Sebastian Weise)
Fraktionsvorsitzender

Inhaltsverzeichnis

PRÄAMBEL.....	2
1. DIE GEMEINSAME ZUSAMMENARBEIT	3
1.1 Zusammenarbeit im BA	3
1.2 Zusammenarbeit in der BVV.....	3
2. Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen	4
2.1 Rahmenbedingungen und Grundvoraussetzungen	4
2.2 Bestandssicherung.....	5
2.3 Neubau	5
2.4 Nachhaltige Stadtentwicklung.....	6
2.5 City West	6
2.6 Projekte	7
3. Verkehr und öffentlicher Raum	8
4. Bürgerbeteiligung	11
5. Facility Management und IT	11
6. Haushalt.....	12
7. Personal	13
8. Wirtschaft & Tourismus.....	13
9. Jüdisches Leben und Kampf gegen Antisemitismus	14
10. Diversity.....	15
11. Sozialraumbudget.....	15
12. Soziales	16
13. Bürgerdienste	17
14. Kultur	17
15. Jugend	18
16. Gesundheit	19
17. Sport	20
18. Schule	20
19. Umwelt, Klima und Naturschutz.....	21
20. Ordnung.....	22
21. Grünflächen	22
22. RESSORTAUFTeilUNG IM BEZIRKSAMT	23

**Vereinbarung über die Bildung einer Zählgemeinschaft zwischen der
CDU Charlottenburg-Wilmersdorf und Bündnis 90/ Die Grünen Charlottenburg-Wilmersdorf
für den Rest der Wahlperiode 2021-2026**

Die CDU und Bündnis 90/Die Grünen in Charlottenburg-Wilmersdorf vereinbaren für den Rest der Wahlperiode 2021-2026 eine Zusammenarbeit im Rahmen einer Zählgemeinschaft in der BVV unter Beachtung der nachfolgenden Vereinbarungen und Regularien. Beide Parteien betrachten die Situation einer Wiederholungswahl in der Mitte der Wahlperiode als untypischen Vorgang, der nicht dazu führen darf, dass es durch umfangreiche Veränderungen der Verwaltungsstruktur erhebliche Verwerfungen laufender Prozesse und Verfahren gibt. Beide Parteien gehen davon aus, dass die Zusammenarbeit bei erfolgreichem Verlauf auch längerfristig fortgesetzt werden könnte und die jetzige Ressortaufteilung keinerlei Präjudizierung späterer Aufgabenverteilung darstellt.

Präambel

Der Bezirk ist Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger von Charlottenburg-Wilmersdorf. Für die Bezirksverwaltung streben wir daher eine Änderung des Blickwinkels an: Wir denken Verwaltung aus der Sicht der Bürgerinnen und Bürger: Nicht die Bürgerinnen und Bürger suchen uns, sondern wir zeigen ihnen wo sie welche Dienstleistung erhalten können, und entwickeln Verwaltungssitze in die Kieze und Einkaufsstraßen hinein. Behörden sind keine Verwaltungstempel, sondern moderne Servicestellen für die Bürgerinnen und Bürger. Erster Anlaufpunkt für den Bürger ist für uns am Eingang einer Behörde: Wir zeigen den Bürgerinnen und Bürgern, wo sie was finden. Dazu schaffen wir Anlaufstellen für alle Dienstleistungen und setzen Verwaltungslotsen wie Wirtschaftslotsen ein.

Die Bezirke sind die Orte, an denen die Bürgerinnen und Bürgerinnen und Bürger unmittelbar mit Politik und Verwaltung in Kontakt treten. Sie sind damit der Ort, an dem die Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung ihres Bezirks direkt mitwirken können und gleichzeitig Verantwortung für ihn übernehmen. Dieser gleichzeitigen gemeinsamen Verantwortung und Selbstwirksamkeit muss die Kommunalpolitik gerecht werden. Deshalb wollen wir zuhören und den Menschen deutlich machen, dass die Gesellschaft sie braucht und sie ernst genommen werden. Positive Erfahrungen eines eigenen Einflusses bei Entscheidungen stärken das Zusammengehörigkeitsgefühl in der Gesellschaft. Dafür wollen wir geeignete Formate entwickeln. Für uns ist die Dienstleistung für den Bürger in den Alltag integriert, egal ob persönlich oder digital.

1. Die gemeinsame Zusammenarbeit

1.1 Zusammenarbeit im BA

Die bisherige vertrauensvolle Zusammenarbeit im Bezirksamt wird fortgesetzt. Dazu gehört die Vereinbarung, sich in den Ressorts des jeweiligen Partners nicht unter Nutzung der Bürgermeisterstimme oder eines anderen Bezirksamtsmitglieds zu überstimmen. Für die Bezirksamtssitzungen gibt es eine gemeinsame Vorbesprechung. Nicht auflösbare Differenzen in der Vorbesprechung führen zu einer Vertagung der Vorlage für die Bezirksamtssitzung. Für strategische Fragen wird einmal pro Quartal ein Halbtagestermin zur Absprache zwischen den Bezirksamtsmitgliedern von CDU und Bündnis90/Die Grünen gemeinsam mit den beiden Fraktionsvorständen, einmal im Halbjahr auch mit den geschäftsführenden Parteivorständen durchgeführt. Für den Rat der Bürgermeister legt das BA jeweils rechtzeitig vorher das Abstimmungsverhalten für den Bezirk verbindlich fest.

1.2 Zusammenarbeit in der BVV

Die Fraktionen von CDU und Bündnis90/Die Grünen führen vor den Ausschüssen gemeinsame Vorbesprechungen durch, in denen das Abstimmungsverhalten zu den Tagesordnungspunkten besprochen wird. Kann kein Konsens hergestellt werden, werden die entsprechenden Tagesordnungspunkte vertagt. Alle 3 Monate gibt es bei Bedarf einen längeren gemeinsamen Termin der jeweiligen Ausschussmitglieder von CDU und Bündnis 90/Die Grünen um die weiteren Arbeitsschwerpunkte festzulegen und Konflikte zu klären. Sollte auch in diesem Termin kein Konsens zu Anträgen hergestellt werden, wird der Antrag in eine Runde der Fraktionsvorsitzenden vertagt. Einmal monatlich findet diese Sitzung der beiden Fraktionsvorstände zu je gleicher Anzahl statt.

Anträge für die nächste BVV werden der jeweils anderen Fraktion am Sonntag vor Beginn der Fraktionssitzungen am Montag übersandt. Die Fraktionsvorstände informieren sich jeweils kurz vor Beginn der Sitzungen, wenn bei einzelnen Anträgen erhebliche Differenzen gesehen werden, die mit großer Wahrscheinlichkeit nicht durch Kompromissformulierungen im weiteren Beratungsverlauf aufgelöst werden können. In einem solchen Fall werden die Anträge einmalig in die Runde der Fraktionsvorstände vertagt, um den Umgang damit zu klären. Gleichzeitig informieren sich die Vorstände darüber welche Anträge ggf. gemeinsam eingebracht werden können.

2. Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

2.1 Rahmenbedingungen und Grundvoraussetzungen

Der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf ist durch sehr unterschiedliche und vielfältige Rahmenbedingungen geprägt: Neben der Einkaufs- und Bürostruktur im Kern Charlottenburgs gibt es einfache bis mittlere Wohnlagen zum Beispiel in Charlottenburg-Nord und der Mierendorffinsel, Gründerzeitquartiere und Villengegenden sowie viele gemischte Wohnlagen. Unser Bezirk ist gefragt als Wohn- und Kulturort, als Handelsplatz und für Gewerbe. Dieser Vielfalt muss eine moderne Stadtentwicklungspolitik Rechnung tragen, die mehr sein muss als klassischer Städtebau und Stadtplanung. Wir wollen die urbane Mischung unserer Kieze erhalten und gewachsene Strukturen nicht zerstören. Die **frühzeitige Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in der Bauleitplanung** trägt nach unserer Überzeugung zu einer höheren Akzeptanz von Bauprojekten bei.

Vorhandene Quartiere sind mit dem Ziel des verbesserten Klimaschutzes weiterzuentwickeln. Alle rechtlichen und Verhandlungsmöglichkeiten müssen ausgeschöpft werden, um bei jedem einzelnen Projekt den Weg zur Klimaneutralität voranzutreiben. Bestandssicherung von Mietwohnungen ist dabei der Vorzug vor dem Neubau zu geben. Berlin braucht dringend neue Wohnungen. Die Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau haben sich in den letzten Jahren aufgrund von Zinsentwicklung, Baukostensteigerung u.v.m. dramatisch verschlechtert. Wir werden uns bemühen, administrative Hürden für den Neubau zu reduzieren und die Erteilung von Baugenehmigungen beschleunigen. Dabei suchen wir die Zusammenarbeit mit privaten Investoren ebenso wie mit städtischen Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften.

Die Folgen der wachsenden Stadt sind auf dem Wohnungsmarkt gerade in unserem Bezirk sehr deutlich zu spüren. Seit Jahren ist die zusätzliche Nachfrage höher als das neu entstehende Angebot. **Daher hat die Schaffung zusätzlichen Wohnraums durch Neubau und Dachgeschossausbau für uns Priorität.** Dabei sollte Neubau vorrangig dort entstehen, wo bereits bebaute Flächen besser ausgenutzt und verdichtet werden können. In diesem Zusammenhang ist insbesondere auf die Überbauung von bestehenden flachen Einzelhandelsstandorten und derer Parkplätze mit Wohnungen hinzuwirken.

Die Schaffung zusätzlichen Wohnraums kann nur in Kooperation sowohl mit privaten Bauherren als auch Genossenschaften und landeseigenen Wohnungsgesellschaften gelingen. **In unserem Bezirk müssen deutlich mehr Wohnungen entstehen, die für bereits ortsansässige Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen sowohl zur Miete oder auch als Kaufobjekt bezahlbar sind.** Insbesondere für den Bau solcher Wohnungen wollen wir alle Möglichkeiten der Nachverdichtung, gerade auch auf landes- oder bezirkseigenen Grundstücken, nutzen.

2.2 Bestandssicherung

Die Stadtentwicklungspolitik spielt ebenso bei der Sicherung des sozialen Miteinanders eine entscheidende Rolle. Die gute soziale Durchmischung der Quartiere ist eine Grundvoraussetzung für die Aufrechterhaltung einer funktionierenden Gesellschaft, die gemeinsam Spaltungstendenzen entgegentritt, Verdrängung verhindert und Demokratie sichert. Die Sicherung des gut funktionierenden Mietwohnungsbestandes im Bezirk ist neben der Zielsetzung der Klimaneutralität oberste Priorität der Stadtentwicklung und tritt damit Grundstücks- und Wohnungsspekulation entgegen. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir die vorhandenen Instrumente stärken und neue Instrumente entwickeln:

Wir werden die bezirkliche Wohnungsaufsicht und die Mieterberatung so ausbauen, dass Mieterinnen und Mieter bei Veränderung ihrer Wohnverhältnisse, zum Beispiel bei Umwandlungen oder Modernisierungen, umfassend beraten und unterstützt werden können. So wollen wir sicherstellen, dass die bereits bestehenden rechtlichen Mieterschutzinstrumente effektiv wirken, wie das Verbot von zweckfremder Nutzung von Wohnraum, die Mietpreisbremse sowie die Kappung von umlagefähigen Modernisierungskosten.

Die bestehenden Milieuschutzgebiete im Bezirk wollen wir erhalten und konzeptionell weiterentwickeln. Aufgrund der rechtlichen Situation sehen wir keine Möglichkeit, neue wirkungsvolle Milieuschutzgebiete im Bezirk einzurichten. Daher werden wir eine Ausweitung der Milieuschutzgebiete nicht weiter vorantreiben. Um dennoch die Möglichkeit der Bestandssicherung zu verbessern, wird **die schon konzipierte Stiftung Wohnen in CW die Arbeit aufnehmen und soll – vorbehaltlich einer entsprechenden finanziellen Ausstattung durch den Haushaltsgesetzgeber – strategische Ankäufe aus dem Bestand vornehmen. Kommunale Vorkaufsrechte für Wohnhäuser in unserem Bezirk werden wir nur in Ausnahmefällen ausüben.**

2.3 Neubau

Um den angestrebten Neubau von Wohnungen nicht auszubremsen, ist es unerlässlich, die **Baugenehmigungs- und sonstigen bauaufsichtlichen Verfahren sowie die Aufstellungsverfahren für Bebauungspläne zu beschleunigen.** Bebauungsplanverfahren wollen wir im Regelfall **innerhalb von drei Jahren zum Abschluss bringen.** Uns ist dabei bewusst, dass dieses Ziel nur bei Schaffung entsprechender verfahrensrechtlicher Voraussetzungen auf Landesebene sowie bei Ausstattung des Stadtentwicklungsamtes mit einer ausreichenden Zahl an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern möglich ist. Eine Straffung der verwaltungsinternen Verfahren werden wir aber auch unabhängig von diesen Voraussetzungen vorantreiben; dazu gehört insbesondere auch die **Schaffung von effektiven Schnittstellen zwischen dem Stadtentwicklungsamt einerseits und dem Straßen- und Grünflächenamt bzw. dem Umwelt- und Naturschutzamt andererseits,** um Reibungsverluste und Zeitverzögerungen bei solchen Verfahren, an denen mehrere dieser Ämter beteiligt sind, zu vermeiden.

Im Neubau und bei Nachverdichtungen sind alle Möglichkeiten zu nutzen, um mit den Bauprojekten zu einer ausgewogenen und durchmischten Sozialstruktur der Quartiere beizutragen. Die Durchmischung insbesondere der zentralen Innenstadtlagen ist ein Markenkern der City-West und muss weiter ausgebaut werden.

2.4 Nachhaltige Stadtentwicklung

In der ökologischen Weiterentwicklung und Sanierung von vorhandenen Quartieren liegt die Kernaufgabe bei der Erreichung der Klimaziele. Alle rechtlichen und Verhandlungsmöglichkeiten müssen ausgeschöpft werden, um bei jedem einzelnen Projekt den Weg zur Klimaneutralität voranzutreiben, ohne dadurch jedoch das jeweilige Genehmigungs- oder Bebauungsplanverfahren zu verzögern. Bei Neubauvorhaben wollen wir Beratungsangebote für den Klimaschutz anbieten. Bei Abwägungsentscheidungen der Stadtentwicklung müssen verstärkt ökologische Kriterien, Nutzungsmischungen und städtische Funktionen eines Gebäudes neben den klassischen städtebaulichen Fragen von Dichte und Höhe in den Vordergrund treten. Stadtentwicklung muss sich auch an den Zielen der Verkehrsvermeidung ausrichten, wir streben daher die 15 - Minuten-Stadt als Zielvorstellung an.

2.5 City West

Die Attraktivität der City West muss weiter gestärkt werden. Sie ist mit ihren Umsätzen ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor in der Stadt und trägt erheblich zu den gesamtstädtischen Steuereinnahmen bei. Um diese Funktion auch dauerhaft zu ermöglichen, ist es unverzichtbar, ein einzigartiges und unverwechselbares Leitbild für die Funktion der City-West in Zeiten der Digitalisierung, des Online-Handels, der Klimaneutralität und des veränderten Freizeitverhaltens der Menschen zu entwickeln. Die Stärken der City-West mit der engen Verzahnung zwischen Universitäten, Wirtschaft, Messe und Wohnen müssen dabei weiter ausgebaut werden. Die City-West ist traditionsbewusst und verdeutlicht die Geschichte Deutschlands und Berlins und gleichzeitig ist sie ein Stadtlabor für die Entwicklung der Zukunft. Historische Verantwortung für die deutsche Geschichte, Weltoffenheit und Experimentierraum für künftige Entwicklungen bilden eine neue Melange, die nur in der City-West erlebbar wird und ein weltweites Alleinstellungsmerkmal schafft. Nach unserer Auffassung ist diese City-Lage sehr gut geeignet, um eine Mischung aus Wohn-, Büro- und Wissenschaftsstandort mit punktueller Hochhausbebauung zu entwickeln.

Die im Rahmen des „WerkStadtForums“ in den letzten dreieinhalb Jahren unter Beteiligung verschiedenster gesellschaftlicher Gruppen erarbeitete „Charta City West 2040“ bietet aus unserer Sicht eine hervorragende Grundlage für ein ganzheitliches und zukunftsweisendes Bild dieses Gebietes; wir werden sie daher nach Auswertung der diesbezüglichen Bürgerbeteiligung als wesentliche inhaltliche Grundlage für die festzusetzende Bereichsentwicklungsplanung heranziehen.

2.6 Projekte

Für das ICC wollen wir gemeinsam mit dem Senat ein **tragfähiges und zukunftsweisendes Nutzungskonzept** entwickeln und **Zwischennutzungen** ermöglichen. Auf Hotellerie und Shopping soll dabei verzichtet werden.

Das Pilotprojekt eines nachhaltigen inklusiven Quartierskonzepts für das Quartier gegenüber dem Rathaus zwischen Alt-Lietzow und Spree wird mit Nachdruck vorangetrieben.

Das **Areal am Fasanenplatz und der Gerhard-Hauptmann-Anlage** werden wir entsprechend der Bedarfe der dort ansässigen Kulturinstitutionen (Haus der Berliner Festspiele, Universität der Künste, Bar jeder Vernunft) zu einem durchgrüntem Kulturquartier entwickeln. Die Funktion dieses Areals als herausragender Kulturstandort werden wir planungsrechtlich sichern und nötigenfalls auf einen Ankauf der sich im Privateigentum befindlichen Grundstücksteile hinwirken.

Auf eine stadtverträgliche **Überarbeitung der Planungen zum Umbau des Autobahndreiecks Funkturm (A 100)** entsprechend des Beschlusses des Abgeordnetenhauses von Berlin vom 2. September 2021 werden wir entschlossen hinwirken. Hierbei haben wir insbesondere den Bestand der Auf- und Abfahrten Messedamm Süd/Halenseestraße im Blick. Während der langjährigen Arbeiten an der A 100 sind die Umleitungsverkehre so zu organisieren, dass die Belastungen für die umliegenden Wohnquartiere möglichst gering gehalten werden.

Wir setzen uns gegenüber dem Senat dafür ein, dass dieser eine weitergehende Untersuchung dazu durchführen wird, die **Stadtautobahn inkl. des Bahngrabens in einem ersten Teilstück zwischen Knobelsdorffstraße und Kaiserdamm zu deckeln**. Damit werden die Lärm- und Abgasbelastungen für die Anwohnerinnen und Anwohner reduziert und neue Freiräume für Grün-, Spiel und Sportanlagen geschaffen. Außerdem kann so die städtebauliche Trennwirkung am Kaiserdamm minimiert werden.

Wir unterstützen den schrittweisen Rückbau der ehemaligen A 104 im Bereich des Breitenbachplatzes. Bei einem **vollständigen Rückbau der ehemaligen A 104 bzw. einen Rückbau bis zur Mecklenburgischen Straße fürchten wir eine Verdrängung des Verkehrs in die umliegenden Wohngebiete**. Das kann nicht akzeptiert werden. Auch bei dem schon beschlossenen Rückbau des über den Breitenbachplatz führenden Abschnitts muss dieser so umgesetzt werden, dass die verkehrlichen Belastungen für die umliegenden Wohnquartiere so gering wie möglich gehalten werden. Die Neubebauung des nördlichen Teils des Adenauerplatzes und insbesondere des Grundstücks Wilmersdorfer Straße 82/83 treiben wir mit Nachdruck voran. In diesem Zusammenhang streben wir eine grundlegende Neugestaltung des Adenauerplatzes an, die mit einer spürbaren Steigerung der Aufenthaltsqualität einhergehen muss. **Die Wilmersdorfer Straße soll in Richtung Adenauerplatz bzw. vom Adenauerplatz kommend auch künftig sowohl für den Fahrrad- als auch den motorisierten Individualverkehr durchfahrbar bleiben.**

Die **Fertigstellung des Vorhabens auf dem Areal der ehemaligen Zigarettenfabrik an der Mecklenburgischen Straße („Gewerbehöfe Gowest“)** werden wir gemeinsam mit dem Vorhabenträger prioritär vorantreiben, da die hier entstehenden rund 200.000 qm nachhaltiger gewerblicher Nutzfläche die wirtschaftliche Entwicklung unseres Bezirks weiter in Schwung bringen werden.

Eine weitere Öffnung des Olympiageländes für den Breitensport und eine geschichtliche Kontextualisierung streben wir an, sofern dies mit den Bedürfnissen des Leistungssports vereinbar ist. Hierbei soll die Zugänglichkeit der Parks für die Öffentlichkeit deutlich verbessert werden. Den Neubau eines Fußballstadions auf dem Areal des Olympiaparks lehnen wir ab. Wir halten ein solches Projekt vor dem Hintergrund der Probleme hinsichtlich der möglichen Verdrängung von bestehenden Sportvereinen, des Denkmalschutzes, Arten- und Naturschutzes und des Lärmschutzes für nicht realisierbar. Die Nutzung des Olympiastadions sowie der Waldbühne haben für uns Priorität.

Den Eingang zum Boulevard Kurfürstendamm aus westlicher Richtung wollen wir aufwerten. Dazu gehört, dass wir eine attraktive und stadtbildprägende **Bebauung des Grundstücks Hubertusallee 1 am Rathenauplatz** befürworten, die einen Hochpunkt setzt und sich nicht in die Berliner Traufhöhe einfügt. Die Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner sind bei der Planung zu berücksichtigen. Die lange geplante **Neu- bzw. Umgestaltung des Henriettenplatzes** wollen wir endlich zu einem Abschluss bringen und den Vorhabenträger des mittlerweile weitgehend fertiggestellten Vorhabens an der Seesener Straße dafür in die Pflicht nehmen.

Für das städtebauliche Entwicklungsprojekt „Stadteingang West“ werden wir gemeinsam ein bezirkliches Leitbild entwickeln, das die ökologischen und stadtplanerischen Bedarfe des Bezirks insbesondere mit Blick auf dringend benötigten Wohnraum zusammenfasst. Dieser soll in den Planungsprozess der Senatsverwaltung für Stadteinwicklung eingebracht werden., bei dem wir uns auch für eine schnelle Änderung des Baurechts zur Ermöglichung der Bedarfspläne einsetzen.

Eine Bebauung der Mietergärten des Grundstücks Westendallee 77-91 lehnen wir ab. Wir wollen erreichen, dass die landeseigene GEWOBA auf ihr dort geplantes Bauvorhaben verzichtet und den Mieterinnen und Mietern des Nachbargrundstücks die Gärten zum Kauf anbietet. Mit der GEWOBA wollen wir über einen alternativen Standort für ihr Bauvorhaben beraten, dessen Realisierung wir grundsätzlich unterstützen.

3. Verkehr und öffentlicher Raum

Wir sind uns bewusst, dass sich die **Art und Weise von Mobilität** aufgrund neuer technologischer Möglichkeiten und klimapolitischer Notwendigkeiten in einem **erheblichen Veränderungsprozess** befindet. Diesen Prozess gilt es sinnvoll zu steuern und den **Bürgerinnen und Bürgern die Angst vor einem Verlust an Lebensqualität** zu nehmen. Auf bezirklicher Ebene muss es vorderstes Ziel sein, **alle Menschen in diesem Prozess mitzunehmen** und auf **Ängste**

und **reale Probleme Rücksicht** zu nehmen, **ohne** dabei das **notwendige Tempo** des gesellschaftlichen Veränderungsprozesses **aus dem Auge zu verlieren**.

Teilhabe erfordert **bestmögliche Mobilität** für alle. Die Menschen in unserem Bezirk wollen und müssen beweglich bleiben, ob mit dem ÖPNV, dem Fahrrad, dem Auto oder zu Fuß. Unser Ziel ist es, die verschiedenen Mobilitätsformen sinnvoll miteinander zu vernetzen. Wir sind uns bewusst, dass Verkehrspolitik einen großen Einfluss auf die Lebensqualität der hier lebenden Menschen hat. Sie entscheidet über das Ausmaß individueller Mobilität ebenso wie über die Leistungsfähigkeit der öffentlichen und wirtschaftlichen Infrastruktur und den Wohnwert sowie die Lebensqualität an großen Straßen. Wir stehen zu unserer **Verantwortung, unvermeidbare Belastungen für Anwohnerinnen und Anwohner und Umwelt so gering wie möglich zu halten**.

Die für die Umsetzung des städtebaulichen Leitbildes notwendige Neudefinition der Rolle des öffentlichen Raumes schafft auch neue Qualitäten, die insbesondere den Bewohnerinnen und Bewohnern unserer Quartiere zugutekommen müssen. Der öffentliche Raum mit seinen Freiflächen in Parks, auf Plätzen und in den Straßen spielt eine wichtige Rolle in diesem Leitbild, das auf hoher Wohn-, Aufenthalts- und Erlebnisqualität für die Anwohnenden und Gäste beruht.

Grundvoraussetzung für das Wohlfühlen aller Menschen im **öffentlichen Raum und im Verkehr** ist die **Sicherheit**. Dazu gehört neben der Vermeidung von dunklen, angstmachenden Baustrukturen auch die Gewissheit, sich sicher und bequem auf den jeweiligen Wegen bewegen zu können, keine Hindernisse im Weg zu haben, freie und übersichtliche Querungsmöglichkeiten in ausreichender Zahl zu finden, nicht von Liefer- und Ladeverkehren oder auf dem Gehweg behindert zu werden. Die Bedürfnisse von älteren oder beeinträchtigten Menschen, sowie von Kindern sind dabei der Orientierungsrahmen, um Unfälle zu verhindern und ein angenehmes Leben in der Stadt zu ermöglichen. Ein besonderes Augenmerk werden wir auf die sukzessive **Umsetzung** der im Gutachten zur **Schulwegsicherheit vorgeschlagenen Maßnahmen** legen.

Um die **Verkehrssicherheit für Fußgängerinnen und Fußgänger** zu erhöhen, wollen wir eine höhere Zahl an Zebrastreifen und Querungshilfen wie Mittelinseln und Gehwegvorstreckungen schaffen. Der Zustand der Gehwege und die Barrierefreiheit im öffentlichen Raum sind durch gezielten Mitteleinsatz zu verbessern, dazu gehört auch die Absenkung der Bordsteine an Fußgängerfurten und der Einbau und Unterhalt von Sinusrillenplatten für Blinde und Menschen mit Sehbehinderung. Wo nötig, werden wir Ampelschaltungen fußgängerfreundlich anpassen. Wir werden uns beim Senat und dem privaten Betreiber der Straßenbeleuchtung für eine verbesserte Beleuchtung einsetzen. Das unerlaubte Zuparken von Straßenecken ist konsequent zu unterbinden, da es das sichere Überqueren der Straßen beispielsweise für Familien mit Kinderwagen oder mobilitätseingeschränkte Menschen deutlich erschwert. An besonderen Schwerpunkten setzen wir uns für eine Sicherung der Straßenecken mittels Poller ein und ermöglichen so neben dem sicheren Queren auch die Schaffung von Abstellplätzen für andere Mobilitätsformen.

Die Fortführung der Mobilitätswende ist unabdingbar, um die Aufenthaltsqualität in den Quartieren zu erhöhen. Wir wollen hierfür eine ausgewogene Balance aller Verkehrsmittel herstellen. Es gilt, ein gleichberechtigtes und sicheres Miteinander für alle zu schaffen. **Hierbei soll keine Mobilitätsform bevorteilt oder benachteiligt werden.** Stattdessen wollen wir den Umstieg zwischen den Mobilitätsformen ermöglichen und attraktiv gestalten. Die Alternativen zum motorisierten Individualverkehr sind dabei angemessen zu fördern. Bei der **Schaffung neuer Mobilitätsinfrastruktur** setzen wir auf die Beteiligung der Anwohnerinnen und Anwohner und Gewerbetreibenden vor Ort. Durchgangsverkehre sind aus den Wohnquartieren herauszuhalten und die immer weiter zunehmenden Verkehre durch unzählige Lieferverkehre (KeP) durch intelligente Lösungen zu verringern.

Das **Radwegenetz** im Bezirk muss weiter ausgebaut und weiterentwickelt werden. Wo der Radverkehr nicht sicher auf Hauptstraßen geführt werden kann, sind die Nebenstraßen als durchgängiges Radwegenetz zu verbinden. Die Planungen für die Radschnellverbindung 3 (RSV 3) sind aus unserer Sicht in Gänze auf ihre Anwohnerverträglichkeit hin zu überprüfen. Neue dauerhafte Radwege sollen sicher von allen Radfahrern genutzt werden können und eine ausreichende Breite aufweisen. Wo immer es möglich ist, sollen diese ohne den Wegfall von Pkw-Stellplätzen realisiert werden. Bestehende Planungen wie z.B. die Kantstraße oder die Berliner Straße werden daraufhin überprüft. Hochbordradwege sollten kontinuierlich instandgehalten werden. Hierzu zählt das Einsetzen flacher, weißer Grenzsteine und das Aufbringen von Fahrrad-Piktogrammen an Ein/Ausfahrten und verkehrlich sensiblen Abschnitten.

Eine **Evaluation** des **Fahrradabstellanlagenkonzepts** soll dem Umsetzungsstand entsprechend erfolgen und Grundlage für weitere Ergänzungen sein. Hierbei ist die aktuelle Auslastung zu berücksichtigen. Fahrradabstellmöglichkeiten an Sportanlagen sollen dabei stärker beachtet werden.

Die **Umsetzung** des Beschlusses des Senats zur Ausweitung der **Parkraumbewirtschaftung** werden wir nur **unter vorheriger Beteiligung** und **Information** der **Bürgerinnen und Bürger** vornehmen.

Wir wollen die Lebensqualität auch für Anwohnerinnen und Anwohner an Hauptverkehrsstraßen verbessern, indem beispielsweise der LKW-Durchgangsverkehr durch die Reichsstraße eingeschränkt oder die Aufenthalts- und Grünfläche am Bundesplatz vergrößert wird.

Den Weihnachtsmarkt vor dem Schloss Charlottenburg wollen wir langfristig erhalten, ohne das geplante Besucherzentrum des Schlosses in Frage zu stellen. Hierzu werden wir entsprechende Gespräche mit dem Veranstalter und der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg führen.

4. Bürgerbeteiligung

Mit dem neu eröffneten **Beteiligungsbüro** wollen die beiden Partner neue Formen der Beteiligung entwickeln. Dabei kommt dem Aufbau dauerhafter und verlässlicher Strukturen der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der Entwicklung ihres Quartiers eine besondere Bedeutung zu. Hierbei sind geeignete und niedrigschwellige Verfahren, wie z.B. strukturierte Losverfahren zu wählen, um eine möglichst ausgeglichene Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen zu erreichen. Ziel der Formate muss die Wahrnehmung der eigenen Person als wirkmächtig und beteiligt im jeweiligen Wohngebiet sein. Dadurch entsteht Zusammengehörigkeitsgefühl und gegenseitiges Verständnis und dem Auseinanderdriften der Gesellschaft wird entgegengewirkt. Dieser Aufbau von regionalen Beteiligungsstrukturen im jeweiligen Sozialraum wird ergänzt durch die klassischen Formen der projektbezogenen Beteiligung. Eine solche Beteiligung erhöht die Akzeptanz von Projekten, verhindert damit nachgelagerte Verwaltungs- und Gerichtsverfahren und liegt damit letztlich auch im Interesse von Investoren.

5. Facility Management und IT

Im Laufe der Wahlperiode werden wir eine **Bestandsaufnahme der öffentlichen Gebäudenutzung** im Bezirk vorlegen und ein Raumkonzept mit der Einführung eines **digitalen Raummanagements** zur Verbesserung des Flächenmanagements entwickeln mit dem Ziel, alle Fachbereiche sukzessive auf Optimierungspotentiale zu untersuchen und entsprechende Nutzungskonzepte dem BA vorzuschlagen zur Reduzierung der Gebäudekosten der Bezirksverwaltung. Dabei sind auch neue Instrumente wie Desk-Sharing, Mehrfachnutzung von Flächen etc. zu nutzen.

Wir überprüfen die Entwicklung des Dienstgebäude Sigmaringer/Brandenburgische Straße als Bürodienstgebäude, um den weiteren Personalaufwuchs auch kurzfristig räumlich abzubilden. Dabei sichern wir die schon vorhandenen Künstlerateliers und entwickeln es zu einem Standort, der auch weitere Infrastruktur jenseits der reinen Büronutzung abbildet. Die Planung für den Rathausanbau muss zügig durchgeführt werden.

Die öffentliche Verwaltung muss auch **Vorbild beim nachhaltigen Bauen** sein. Der Bezirk wird daher bei seinen Bauvorhaben und in der baulichen Unterhaltung hohe Nachhaltigkeitsstandards an Baumaterialien, energetische Bedarfe und Sanierung, Mobilitätskonzepte, Abfallkonzepte und Wärmeversorgung anlegen. Die Energieeffizienz der bezirklichen Gebäude soll verbessert werden. Für die Begrünung bzw. Ausstattung mit Photovoltaikanlagen von Fassaden und Dächern sollen Fördergelder eingeworben werden.

Die Wärme- und Kälteversorgung klimaneutral zu gestalten ist ein wesentlicher Baustein zur Erreichung der klimapolitischen Ziele. Lokale Wärmeversorgungsnetze können dabei eine wesentliche Rolle spielen. Solche Netze sind bundesweit immer darauf angewiesen, dass größere kommunale Ankerkunden wie Krankenhäuser oder Schulen sich mit ihren hohen Abnahmemengen den Netzen anschließen. Wir werden daher solche Netze überall dort auch durch die Integration der öffentlichen Gebäude unterstützen, wo dies wirtschaftlich darstellbar ist. **Das**

in den letzten Jahren mit maßgeblicher Unterstützung aus dem Bezirksamt entwickelte Nahwärmekonzept für die Siedlung Eichkamp werden wir in diesem Sinne unterstützen und uns für dieses in Berlin einzigartige Projekt beim vom Land geplanten Sondervermögen Klima um eine Unterstützung in der Anlaufphase bemühen. Wir schließen den Parkplatz vor dem Mommsenstadion oder Flächen in der Nähe von Sportplätzen als Standort für ein oberirdisches Heizkraftwerk aus. Eine Emissionsbelastung der Sportstätten durch das Kraftwerk im Bereich ist auszuschließen.

Die digitale Transformation muss endlich beginnen. Der IT-Support soll daher zum ITDZ verlagert werden und die IT-Stelle zur IT-Verbindungsstelle umgewandelt werden. Wir werden ein technisches Konzept zur Ausgestaltung des mobilen Arbeitens/Telearbeit erarbeiten, welches beispielsweise die Ausstattung der jeweiligen Führungsebenen, den Überblick über alle Fachverfahren und WLAN in allen Bürodienstgebäuden beinhaltet.

Unser Ziel sind mindestens 100 zusätzliche Telearbeitsplätze pro Jahr bis 2026 sowie mittelfristig mobile PC-Arbeitsplätze für alle Beschäftigte und Dockingstationen am stationären Arbeitsplatz, auch mit Blick auf die Einführung der E-Akte.

Wir streben die Erarbeitung des Programms „Digitallotsen in jeder Abteilung“ an mit dem Ziel, dass sich IT-affine Beschäftigte fortqualifizieren und Multiplikatoren in den Abteilungen werden. Jede Abteilung wird durch einen dualen Studierenden (Fachrichtung Verwaltungsinformatik) unterstützt.

6. Haushalt

Wir werden die strukturellen Haushaltsprobleme des Bezirks in den nächsten Jahren systematisch aufarbeiten und durch politische Schwerpunktsetzungen Schritt für Schritt abbauen. Dazu müssen wir in einem ersten Schritt wirksame Controlling- und Steuerungsinstrumente entwickeln, die es dem Bezirksamt insgesamt ermöglichen, Mittelbedarf und -einsatz im Verhältnis zu den politischen Schwerpunktsetzungen und im Vergleich zu den anderen Bezirken nachvollziehbar und transparent zu machen. Uns eint das Ziel, das Budget des Bezirks durch Steigerung der Angebote/Mengen stetig zu steigern. Dazu dient die Etablierung eines effektiven Controllings der KLR durch jede Abteilung, Überwachung und dauerhaftes Monitoring durch den Steuerungsdienst (um die Zuweisung an den Bezirk deutlich zu verbessern). Zur Überwachung erstellen wir einen quartalsweisen Statusbericht und Erörterung im Bezirksamtskollegium. Der Bereich Controlling unterstützt die Abteilungen und gibt Handlungsempfehlungen und kontrolliert deren Einhaltung.

7. Personal

Die **Personalgewinnung und -sicherung** wird für alle Bereiche des Bezirksamtes im Rahmen der demographischen Entwicklung der Verwaltung und des massiven Fachkräftemangels in fast allen Berufszweigen zu einer Herausforderung. Diese kann nur erfolgreich bewältigt werden, wenn wir in der **Personalwirtschaft** eine **hohe Flexibilität** entwickeln, die uns zügige Personalbesetzungen und -entwicklungsmaßnahmen ermöglicht. **Besetzungsverfahren** müssen **beschleunigt** werden, dafür wird eine externe Organisationsuntersuchung durchgeführt.

Bezirke müssen verstärkt um neue Mitarbeitende werben. Bis Ende 2024 wollen wir ein **Personalbedarfskonzept** unter besonderer Betrachtung des Fachkräftemangels und des Ausscheidens aus Altersgründen erarbeiten. Als attraktiver Arbeitgeber nehmen wir uns die **Weiterentwicklung der Arbeitgebermarke** und Stärkung des Personalmarketings vor. Gleichzeitig führen wir ein **bezirkliches Leitbild** (mit Führungsleitbild), eine einheitliche Willkommenskultur (Onboarding) und einen Talentepool zur Fortentwicklung des Führungskräftenachwuchsprogramms ein.

Im Nachgang zur erfolgten Einrichtung des Nachwuchskräftezentrums wollen wir das Angebot dualer Studiengänge, Traineeprogramme und der dualen Ausbildung ausbauen und die Einführung weiterer Berufsbilder z.B. Fachinformatiker, Veranstaltungskaufleute etc. prüfen.

Mit einem **lebensphasenorientierten Personalmanagement** stärken wir die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**, indem wir die Interessen aller Beschäftigten gleichermaßen in den Blick nehmen.

Die personelle Absicherung zur Umsetzung von eingeworbenen Fördermitteln wollen wir deutlich erleichtern.

8. Wirtschaft & Tourismus

Die Wirtschaftspolitik nimmt für den Bezirk eine wichtige Rolle ein. Nur eine starke Wirtschaft wird letztlich nachhaltig dazu beitragen, gesellschaftlichen Wohlstand zu schaffen und zu erhalten. Es ist deshalb unser wesentliches Anliegen, verstärkt Unternehmen – vor allem kleine und mittelständische Betriebe – im Bezirk anzusiedeln bzw. ihre Existenz zu sichern. Dies gelingt aus unserer Sicht am besten, wenn die Wirtschaftsförderung in den **Geschäftsstraßen die Netzwerke stärkt und fördert**, damit diese insbesondere in der Kantstraße, Wilmersdorfer Straße und Uhlandstraße, Reichsstraße und an weiteren Orten eine feste Ansprechperson verankern können. Die Bezirksverwaltung von der Wirtschaftsförderung bis zum Ordnungsamt muss die im Bezirk ansässigen Betriebe unterstützen. Der Bezirk muss dafür sorgen, dass der öffentliche Raum der Geschäftsstraßen gepflegt, attraktiv und barrierefrei ist. Wir unterstützen Straßenarbeitsgemeinschaften und Standortgemeinschaften, damit die bezirklichen Einkaufsstraßen auch weiterhin eine Anziehungskraft ausüben und setzen uns – wo möglich – für neue Standortgemeinschaften ein.

Wir wollen eine **Stärkung der Wochenmärkte** in den Kiezen mit Fokus auf eine regionale Angebotsausstattung der Anbieter.

Die Wirtschaft muss stärker in den Fokus gerückt werden. Daher werden wir **einen eigenständigen Wirtschaftsausschuss** installieren, welcher den Bereich der Wirtschaftsförderung und den Bereich Tourismus abbilden wird. Durch die geplanten finanziellen Mittel des Landes soll die Entwicklung des Tourismuskonzepts vorangetrieben werden. Dabei soll sich die BVV in diesem eigenständigen Ausschuss einbinden können. Gemeinsam wollen wir auch ein Konzept zur Bekämpfung des gewerblichen Leerstands prüfen.

Charlottenburg-Wilmersdorf ist **Startup Hochburg**. Um diese wachstumsstarken Startups bei Ihrem Übergang von der Gründungsphase in den regulären Markt zu unterstützen, treiben wir die Implementierung eines Scale up Centers mit Nachdruck voran. In einem solchen sollen den Startups für die Übergangsphase Räume zur Verfügung gestellt werden.

Die Lebensmittelverschwendung im Bezirk muss offensiv bekämpft werden. Dazu gehört eine bezirkliche Strategie, die gemeinsam mit dem Einzelhandel, der Gastronomie, Hotellerie und den Mensen erarbeitet wird. Eine Orientierung an den bereits existierenden digitalen Food-Sharing-Diensten sowie eine mögliche Kooperation sind dabei zentrale Elemente.

Die Verlängerung der Fußgängerzone der Wilmersdorfer Straße soll in einem Konzept weiterentwickelt werden, um die gesamte Umgebung einzubinden. Hierbei soll uns auch die AG Wilmersdorfer Straße unterstützen.

9. Jüdisches Leben und Kampf gegen Antisemitismus

Wir stehen zum **Kampf gegen Antisemitismus** und wollen das **jüdische Leben im Bezirk**, sowie die historische Bedeutung von Menschen jüdischer Religion für die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung des Bezirks **sichtbarer** machen. Die Errichtung eines **Zentrums moderner jüdischer Kultur** im Bezirk soll diese historische Rolle würdigen und in die Gegenwart überführen. Die Aufstellung eines Leuchters am Kurfürstendamm durch ein zivilgesellschaftliches Projekt wird ausdrücklich unterstützt.

Rechtsextreme Organisationen versuchen seit Jahren vermehrt in Charlottenburg-Wilmersdorf ihre Strukturen zu festigen und weiter auszubauen. **Wir stellen uns Rassismus und Rechtsextremismus entgegen** und wollen eine verstärkte Zusammenarbeit von zivilgesellschaftlichen Bündnissen, Organisationen sowie Polizei und Ordnungsamt schaffen. Gemeinsam steht die Zählgemeinschaft geschlossen gegen Rassismus und Rechtsextremismus.

Wir pflegen die große Tradition und lange Geschichte unseres Bezirks, dies sollte im Stadtbild auch sichtbar gemacht werden. Neben den Gedenktafeln für wichtige Einwohnerinnen und Einwohner des Bezirks bzw. geschichtliche Ereignisse und den Stolpersteinen wollen wir die Aufstellung bezirklicher Info-Ste len ausweiten.

10. Diversity

Charlottenburg-Wilmersdorfs große Stärke ist Vielfalt. Wir wollen uns auch weiterhin für Offenheit und Toleranz und gegen jede Form der Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit einsetzen. Charlottenburg-Wilmersdorf bekennt sich zu der LSBTIQ*-Vielfalt und unterstützt in diesem Rahmen Initiativen, kulturelle und politische Veranstaltungen ganzjährig. So sollen Gedenktage durch das Bezirksamt für LSBTIQ*-Personen und Themen angemessen berücksichtigt werden.

Die Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ (IGSV) soll konsequent umgesetzt und die vom Senat bereitgestellten finanziellen Mittel verwendet werden. Für die konsequente Umsetzung der IGSV, des Aktionsplanes gegen Queerfeindlichkeit sowie der bisherigen bei der Gleichstellungsbeauftragten schon bestehenden Aufgaben wollen wir die Stelle eines*r Queerbeauftragte*n schaffen. LSBTIQ*-Geflüchteten Menschen sollen Möglichkeiten angeboten werden, vertrauliche queere Beratungsstrukturen nutzen zu können.

Mit der Hissung und der Sichtbarkeit der Regenbogenflagge vor dem Rathaus Charlottenburg und dem Bürgeramt am Fehrbelliner Platz während des Pride-Month signalisiert die Zählgemeinschaft und das Bezirksamt, dass Charlottenburg-Wilmersdorf für Grundrechte und Menschenwürde eintritt.

11. Sozialraumbudget

Die begonnenen Arbeiten für einen Modellversuch zu einem Sozialraumbudget in den Bereichen Jugend und Soziales werden mit dem Ziel fortgeführt, ein solches Budget im Rahmen der existierenden rechtlichen Rahmen im Bezirk einzuführen. Die Zielgenauigkeit von Maßnahmen soll damit wesentlich erhöht werden, wenn Maßnahmen an den jeweiligen persönlichen Bedarfen und Fähigkeiten ausgerichtet werden und nicht in die engen Paragraphen der Sozialgesetzbücher gepresst werden müssen. Dabei werden individuelle Rechtsansprüche nicht geschmälert, sondern passgenauer erfüllt. Dazu beginnen wir mit dem Teilhabefachdienst und legen einen Schwerpunkt auf einen geeigneten Change Prozess, der insbesondere auch die Veränderungen für die Mitarbeitenden und Träger im Blick hat.

12. Soziales

Ehrenamtliche Arbeit ist das Rückgrat der Gesellschaft. Deswegen wollen wir das Ehrenamt und die Arbeit mit Ehrenamtlichen in sozialen Organisationen, Kirchen und anderen Vereinigungen finanziell stärken und weitere Mittel im Haushalt vorsehen.

Die Angebote der Schuldner- und Insolvenzberatung wollen wir mit Unterstützung des Senats ausbauen.

Die **Leitlinien der Seniorenpolitik** wollen wir insgesamt und insbesondere hinsichtlich des Angebots von **Seniorenbegegnungsstätten** in den **Bezirksregionen umsetzen**. Dazu gehört für uns auch der besondere Blick auf die **Bekämpfung der Alterseinsamkeit**. Wir unterstützen die Einführung und Umsetzung des Altenhilfestrukturgesetzes aktiv und setzen uns beim Senat sowohl für die schnelle Verabschiedung als auch für die Bereitstellung der Mittel zur Umsetzung ein. Den Bereich des Seniorenservice bzw. der Altenhilfekoordination werden wir personell stärken.

Wir wollen den **Ausbau** insbesondere auch von **Tages- und Kurzzeitpflegeplätzen** im Bezirk in dieser Legislaturperiode vorantreiben, da berlinweit immer noch ein Mangel herrscht. Dazu gehört für uns auch die **Weiterentwicklung der Wilmersdorfer Seniorenstiftung** und den Ausbau der Stiftung zu einem Anbieter von mehr Leistungen rund um das Thema Wohnen im Alter und Pflege. Die bezirklichen Seniorenwohnhäuser wollen wir in unserem Eigentum belassen bzw. Generalmieter der weiteren Seniorenwohnhäuser bleiben, die im Eigentum der städtischen Wohnungsbaugesellschaften stehen.

Die **Unterstützung für Menschen ohne Wohnung oder von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen ist für uns ein Schwerpunkt der bezirklichen Sozialpolitik**. Insbesondere für den Raum rund um die Bahnhofsmision am Bahnhof Zoo und den Stuttgarter Platz wollen wir eine bessere Ausstattung mit aufsuchender Sozialarbeit und endlich eine Lösung für die angepasste sanitäre Versorgung der Gäste der Bahnhofsmision außerhalb der Bahnhofsmision. Um eine solche Lösung zu finden, sehen wir finanzielle Mittel für eine erste schnelle temporäre und ebenso für eine dauerhafte bauliche Maßnahme vor.

Die Ergebnisse der Befragung der Bedürfnisse der wohnungslosen Menschen rund um den Stuttgarter Platz lassen wir in eine **Umsetzungsstrategie** einfließen und streben zügig darauf aufbauende Modellprojekte zur Bekämpfung der Wohnungslosigkeit an.

Wir fordern, dass der Senat weitere Anlaufstellen für wohnungslose Menschen entlang des S-Bahnringes nach dem Vorbild der Bahnhofsmision am Zoo schafft, damit diese entlastet wird und auch der Sozialraum rund um den Bahnhof Zoo und Hardenbergplatz sich entwickeln kann.

Der Ausbau des Angebotes an Plätzen in der bezirklichen Kältehilfe, insbesondere auch mit gesonderten Plätzen für Frauen, sowie die Verstetigung von Beratungs- wie Begegnungsangeboten analog des Netzwerkes der Wärme auch außerhalb der Kältehilfesaison wollen wir mit dem Senat umsetzen.

13. Bürgerdienste

Wir wollen die **Bürgerämter** mit Personal verstärken und im Rahmen des Projektes des Senats mindestens einen weiteren zusätzlichen Standort in Charlottenburg-Wilmersdorf einrichten. Dazu bedarf es mehr Personal und Räume.

An einem Bürgeramtsstandort wollen wir ein **Ausweisabholterminal** testen, an dem die Bürgerinnen und Bürger **rund um die Uhr**, ähnlich der Paketboxen, ihre Dokumente abholen können. Außerdem sollen die **mobilen Dienstleistungen** wiedereingeführt werden, um auch ältere oder immobile Menschen erreichen zu können. Gleichzeitig prüfen wir, ob auch außerhalb von Ämtern Dienstleistungsterminals angeboten werden können, zum Beispiel in großen Supermärkten oder Banken und Sparkassenstandorten.

Der Senat muss schnell mehr digitale Angebote in der Serviceapp Berlin bereitstellen, damit der Bereich der digitalen Dienstleistungen ausgebaut werden kann.

Um Ausbildung zu stärken und gleichzeitig mehr Dienstleistungen anbieten zu können, wollen wir zusätzlich zu den normalen Standorten ein Ausbildungsbürgeramt einrichten und dazu die bereitstehenden Mittel des Senats nutzen.

Das Standesamt soll perspektivisch wieder Samstagstermine zur Eheschließung anbieten. Dafür überarbeiten wir die Dienstvereinbarung Arbeitszeit, um Samstagstermine zu ermöglichen und alternierende Arbeit zu integrieren und Anreizsysteme für die Mitarbeiter zu schaffen.

14. Kultur

Die **Kulturarbeit des Bezirks hat wesentliche integrationspolitische Aufgaben** zu erfüllen, die verstärkt in den Vordergrund gestellt werden müssen. Kunst und Kultur haben eine identitätsstiftende Funktion. **Kulturelle Teilhabe** ist damit insbesondere für Bevölkerungsgruppen wichtig, die sich eher am Rande der Gesellschaft fühlen, egal ob aus Gründen der Herkunft, der Bildungsarmut oder der sozialen Verhältnisse. Die Jugendkunstschule spielt hier eine wesentliche Rolle bei der Heranführung von Kindern und Jugendlichen und muss weiter ausgebaut werden. Die Jugendkunstschule leistet einen wichtigen Beitrag zur kreativen Entwicklung junger Menschen. Wir begrüßen die Absicherung der Jugendkunstschulen im Berliner Schulgesetz und fordern die zügige Bereitstellung der zugesagten Mittel durch die zuständige Senatsverwaltung.

Kunst und Kultur muss **allen Bevölkerungsgruppen zugänglich** sein, dafür sind Zugangsbarrieren zu reduzieren und öffentliche Räume verstärkt zu nutzen. Das Kulturareal rund um das Schloss Charlottenburg wollen wir touristisch besser erschließen und fördern.

Die **Musikschule** muss in ihrer hervorragenden Arbeit, die auch finanziell für den Bezirk von außerordentlicher Bedeutung ist, **gestärkt und ausgebaut** werden. Dazu gehört auch die Bereitstellung ausreichender Auftrittsmöglichkeiten. Unser Bezirk bietet ein herausragendes und breites kulturelles Angebot. Wir sprechen uns dafür aus, dass dieses Angebot stärker bewor-

ben wird und dadurch mehr Zulauf erhält. Die ansässigen Kulturinstitutionen verdienen unsere volle politische Unterstützung. Für ihr Bestehen werden wir uns – so auch für die Erhaltung der Atelierhäuser – stark einsetzen. Für das Schoeler-Schlösschen muss ein tragfähiges Konzept entwickelt werden.

Wir wollen das Angebot unserer bezirklichen **Bibliotheken zukunftsorientiert weiterentwickeln**. Dazu bedarf es einer angemessenen finanziellen und personellen Ausstattung.

15. Jugend

Kinder- und Jugendschutz genießen einen **hohen Stellenwert** in unserem Bezirk. Wir stellen daher sicher, dass die Arbeitsfähigkeit der Ämter auch durch das Instrument der Dauerausreibungen jederzeit gewährleistet wird.

Die **Umsetzung und Ausweitung der Familienförderung** nach dem Familienfördergesetz soll vorangetrieben werden.

Weiterhin soll ein **Familienbüro** in den Räumen des UCW mit geplant werden. Darüber hinaus streben wir die Ausweitung der niederschweligen Angebote zum Beispiel in ortsansässigen Arztpraxen an.

Die Standorte der Regionalteams sollen gesichert werden. Dabei setzen wir uns insbesondere für eine schnelle Lösung für das provisorisch untergebrachte Regionalteam 3 ein – auch als gemeinsame große Lösung mit dem dortigen Bürgeramt.

Die politische Teilhabe von Menschen mit Behinderung, z. B. durch Absichern von Dolmetschertätigkeiten in politischen Gremien wie des Kinder- und Jugendparlamentes, soll gesichert und gestärkt werden. Dies umfasst auch, den Inklusionsgedanken stärker in andere wichtige jugendpolitische Bereiche, zum Beispiel Kirchvers oder auch „Ferien ohne Kofferpacken“, auszubauen und dadurch weiteren Jugendlichen zugänglich zu machen.

Die bestehenden **Jugendclubs** werden **erhalten** und das Angebot von Jugendclubs an bezirklichen Schulen wird **weiter ausgebaut**.

Ein **Mehrgenerationenhaus mit integrierter Kita** wird als Pilotprojekt forciert. Die gesammelten Erkenntnisse dieses Vorhabens werden Grundlage für weitere Projekte dieser Art sein.

Organisierte Kriminalität hat keinen Platz in Charlottenburg-Wilmersdorf. Die Schulbehörden und die Jugendämter sollen sich, im Sinne einer ernstzunehmenden Präventionsstrategie, stärker diesem Thema widmen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Pflegefamilienstelle im Bezirksamt verbleibt.

In der **Jugendarbeit** setzen wir auf **Prävention**. In der wachsenden Stadt, insbesondere im öffentlichen Raum, fehlen durch Verdrängung und Verdichtung Räume für junge Menschen. Dem wollen wir gezielt entgegenwirken, indem wir eine **temporäre und kulturelle Nutzung des Parkhauses am ICC, der Passerelle und des Dachgartens** anstreben. Der Dachgarten soll

als Urban Kulturgarten der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Auf dem Parkdeck soll eine grüne Oase entstehen und das ICC revitalisieren. Hier sollen Sport- und Kulturveranstaltungen, insbesondere für Jugendliche, stattfinden. Mit dieser Idee setzen wir ein Konzept um, das die Lebenswelten von Jugendlichen abbildet.

16. Gesundheit

Wir setzen uns für ein **Fortschreiben des Mustergesundheitsamtes** im Reigen der zwölf Gesundheitsämter im Land Berlin ein.

Darüber hinaus wollen wir die Aufgaben der kommunalen Gesundheitsämter wie beispielsweise die Pandemiebekämpfung oder die Einschulungsuntersuchungen, gegenüber der Senatsverwaltung stärken. Dazu wollen wir die Instrumente des Bezirks auch im Konzert mit den Gesundheitsämtern der anderen Bezirke im Land Berlin wie auch im Rat der Bürgermeister nutzen.

Weiterhin wollen wir bereits bestehende und neu auftretende Aufgaben der Pandemiebekämpfung im Bezirk gewährleisten. In diesem Rahmen wollen wir auch eine Aufarbeitung von pandemisch bedingten Sondertatbeständen vollziehen, auch durch den befristeten Einsatz weiteren Personals.

Wir wollen die Maßnahmen, die im Rahmen des digitalen Öffentlichen Gesundheitsdienstes vorgesehen sind, umsetzen und erweitern. Dazu bedarf es schnellen Abrufens und Einsetzens von dafür vorgesehenen Bundesmitteln.

Die Weiterentwicklung der Kompetenzen zur Bekämpfung von Klimafolgeschäden für vulnerable Gruppen wie Senioren, Schwangere und Kinder ist uns in Zeiten von Hitzesommern besonders wichtig. Dafür bedarf es allerdings eines Ausbaus der schon vorhandenen Präventionsprojekte.

Handel und Konsum von **Rauschmitteln** haben massive **Folgen** für die betroffenen Kieze. Um eine **Präventionspolitik** zu etablieren, die den zahlreichen Anforderungen gewachsen ist, muss eine **valide Datengrundlage** im Bezirk geschaffen werden. Die Kooperation mit bestehenden Akteuren und die Erfahrungen anderer Bezirke sind dabei essenziell.

Stationäre Räume sind für die 3 Säulenversorgungsformen **bei Suchterkrankungen** absolut erforderlich. Zu den 3 Säulen zählen die Hygiene, die Gesundheit und die Wiedereingliederungsvarianten. Hierbei ist zu beachten, dass diese stationären Räume zentral zugänglich angesiedelt werden müssen.

Sprache ist der Inklusionsschlüssel – nach der Ankunft in Berlin sollen insbesondere im Kinder- und Jugendbereich engmaschig Sprachkurse in Deutsch angeboten werden.

17. Sport

Die **Sportvereine** im Bezirk sind wichtige **Orte** für die **Stärkung des Zusammenhalts der Gesellschaft, für die Gesundheitsförderung und die soziale Integration** verschiedener Bevölkerungsgruppen. Sie wirken der Vereinsamung entgegen und ermöglichen einen vielfältigen Austausch zwischen den Menschen. Das vielfältige ehrenamtliche Engagement in den Sportvereinen wollen wir stützen und fördern.

Unsere Sportanlagen sollen zukunftsfähig werden. Daher setzen wir uns dafür ein, dass alle **Sportanlagen** im Bezirk **barrierefreie Zugänge** und wassersparende Systeme erhalten. Die vorhandene Sportstätteninfrastruktur ist schon lange nicht mehr auskömmlich, daher wollen wir die **Nutzbarkeit** der **vorhandenen Sportanlagen deutlich erhöhen**. Das Nachhaltigkeitsangebot im Rahmen des Sportbetriebs soll vergrößert werden und Sportanlagen **samstags und sonntags für das Vereinstraining geöffnet** werden, um insbesondere auch dem **organisierten Frauensport** weitere Möglichkeiten der Ausübung von Sportarten zu geben. Aber auch die projektbasierte 365-Tage-Öffnung des Sommerbads Wilmersdorf soll anvisiert werden. Darüber hinaus soll das Olympiaschwimmstadion bis zur Fertigstellung der Sanierung ganzjährig nutzbar gemacht werden.

Die **Sportvereine** und die Sportflächen im Bezirk können aber auch eine wesentliche Rolle dabei spielen, die Menschen mit den gesellschaftlichen Veränderungen vertraut zu machen und sie an die Veränderungsprozesse heranzuführen. Die begonnenen Kooperationsprojekte zwischen Sportvereinen (BSC, TeBe, Oranje Berlin) und dem Bezirksamt in Fragen der **Nachhaltigkeitsziele** und bei der vorbildlichen Gestaltung der Sportflächen im Bezirk werden weiter ausgebaut.

Wir wirken auf die **zügige Vorlage eines Sportentwicklungsplans** hin, der alle Ortsteile umfasst und mit Unterstützung des Bezirkssportbundes mit den im Bezirk beheimateten Sportvereinen erstmalig diskutiert und abgestimmt wird. Hierbei sollen alle bereits begonnenen Sanierungsmaßnahmen schnellstmöglich fertiggestellt und die finanziellen Mittel auf Landesebene für zwei Dreifachsporthallen endlich bereitgestellt werden. Darüber hinaus soll sich der Bezirk für die Realisierung der Dreifachsporthallen an der Preußenallee und am Halemweg einsetzen. Zudem soll die Sporthalle Eisenbahnstraße perspektivisch eine kleine Besuchertribüne erhalten. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass beim Sportamt eine zentrale Meldestelle für vereinsorganisatorische Beschwerden installiert wird, um die Sportvereine in Organisationsfragen besser zu unterstützen.

18. Schule

Damit die Bereiche Schule und Sport wieder ihre notwendige Beachtung erhalten, sollen sie durch die **Bildung separater Ausschüsse für Schule und Sport** wieder ihre essenzielle Eigenständigkeit zurückerhalten.

Die jährlichen **Schulentwicklungspläne** müssen endlich belastbare Zahlen vorweisen, um eine faktenbasierte und korrekte Planung der Plätze in unserem Bezirk zu gewährleisten. Hierbei werden wir weiter auf die Stärkung der Europaschulen setzen und die Umsetzung einer Gemeinschaftsschule mit Kita durch den privaten Träger der Scheele-Schule im ehemaligen Anbetungskloster St. Gabriel unterstützen.

Wir setzen uns darüber hinaus dafür ein, dass das **Ganztagsangebot** an Schulen **stärker** durch **Kooperationen** mit Vereinen (z.B. aus dem Sportbereich) erweitert wird und Funktionsstellen schneller besetzt werden.

Modulare Ergänzungsbauten sollen durch eine engere Kooperation zwischen den Bezirken flexibel eingesetzt werden. Dabei lassen wir nicht außer Acht, dass für unsere Kinder genügend Erholungsflächen auf dem Schulgelände erhalten bleiben sollen. Der Schülerinnenhaushalt soll bestehen bleiben. Allerdings setzen wir stärker auf die Eigenverantwortung von Schülerinnen und Schülern. Wir ermöglichen ihnen mehr Partizipation durch eigenständige Planung und Umsetzung ihrer Projekte (z.B. Wildbienen im Schulgarten etc.).

Der seit 2016 halb fertige und verwaiste Schulrohbau in der Glockenturmstraße soll vom Land Berlin zu einem dem Einkaufspreis angemessenen Preis vom Königreich Saudi-Arabien zurückgekauft und die Fertigstellung sowie die Einrichtung eines Schulbetriebs forciert werden.

19. Umwelt, Klima und Naturschutz

Unsere Zeit ist durch das Zusammentreffen vieler verschiedener ökologischer Krisen gekennzeichnet. Neben der in aller Munde befindlichen Erwärmung des Klimas mit seinen dramatischen Folgen haben wir einen ebenso dramatischen Artenschwund zu verzeichnen und die Abfallmengen in unserer Umwelt - insbesondere das allgegenwärtige Mikroplastik – gefährden die Flora und Fauna an Land und im Meer. Ein erheblicher Teil der Frühsterblichkeit ist in den Industrienationen mittlerweile auf Luftverschmutzung, Lärm, Schadstoffe oder Überhitzung zurückzuführen.

Wir wollen daher eine **integrierte Umweltpolitik** betreiben, die alle diese Themen im Blick behält und bearbeitet. Die **Umweltbildung** und die **Stärkung des öffentlichen Bewusstseins** und **Verständnisses** für diese Themen ist von **herausragender Bedeutung**, denn nur wenn die Menschen verstehen, warum bestimmte Entscheidungen notwendig sind und diese aktiv unterstützen, können diese Krisen erfolgreich bekämpft werden. Verbote und Anreize alleine werden nicht zum Ziel führen, wenn ein erheblicher Teil der Bevölkerung die Sinnhaftigkeit nicht einsieht bzw. diese Maßnahmen nicht aktiv unterstützt.

20. Ordnung

Nicht nur der Kurfürstendamm hat unter illegalen Autorennen und sogenannten „Profilierungsfahrten“ zu leiden, sondern auch zahlreiche weitere Straßen, insbesondere im City-Bereich. Der Bezirk muss sich für weitere temporäre Kontrollen, stationäre Blitzer gegen Rotlichtverstöße und Geschwindigkeitsübertretungen einsetzen. Auch die Videoüberwachung an solchen Raserstrecken werden wir als Modellprojekt unterstützen.

Falschparken auf Rad- und Gehwegen und das Parken im Kreuzungsbereich sowie das ungeordnete Abstellen von E-Rollern und sonstigen Hindernissen auf den Gehwegen sollen **verstärkt kontrolliert und geahndet** werden. Rad- und Rollerfahren auf Gehwegen muss stärker kontrolliert werden. Das Abschleppen soll weiterhin in gewerblicher Hand verbleiben. Die Stellung der Bezirke bei der Auswahl und Kontrolle, der mit der Umsetzung verkehrswidrig abgestellter Fahrzeuge beauftragten Unternehmen soll deutlich gestärkt werden.

Der zunehmende Missbrauch des öffentlichen Straßenlandes zum Abstellen durch gewerbliche Flotten soll zurückgedrängt werden.

21. Grünflächen

Wir werden uns beim Senat dafür einsetzen, dass die **Unterhaltungsmittel für Grünpflege und Bäume** deutlich **erhöht** werden.

Einem weiteren Personalabbau im Grünflächenamt muss entschieden entgegengesteuert werden. Alle bezirklichen **Grünanlagen** sind innerhalb der kommenden zehn Jahre so **umzugestalten**, dass sie robust auf die **Klimaveränderungen** reagieren können (z.B. durch Regenswassersammelbecken, Bewässerungsanlagen und resistente Baum- und Pflanzenarten).

Wir streben an, in den nächsten Jahren eine **ausgeglichene Baumbilanz** zu erreichen. Dies wird aber nur möglich sein, wenn die Zuweisung des Landes in diesem Bereich deutlich erhöht wird. Gefällte Straßenbäume oder Bäume in Grünanlagen sollen so auf Basis eines Pflanzkonzeptes ersetzt werden, welches die neuen Bedarfe der Klimaanpassung erfüllt (mehr Schatten und hohe Verdunstung).

Bei den Maßnahmen im Ruhwaldpark liegt der Fokus auf der Restaurierung der Kolonnaden und der Reaktivierung des Bolzplatzes.

Um der zunehmenden Vermüllung des Grunewalds entgegenzuwirken, setzen wir uns für ein mit der BSR und den Berliner Forsten abgestimmtes Konzept zur Aufstellung von Müllbehältern am Waldrand ein. Kurzfristig soll ein fester Müllbehälter auf dem großen Parkplatz am Drachenberg installiert werden.

Der **Preußenpark** wird **als Park wiederhergestellt**. Wir werden einen neuen Standort für den „Thai-Markt“ möglichst in der näheren Umgebung finden.

Die **Sanierung der vorhandenen Spiel- und Bolzplätze** im Bezirk wird weiter aus Mitteln des Kita- und Spielplatzsanierungsprogramm (KSSP) vorangetrieben. Die Instandsetzung und Modernisierung muss unter der Beachtung des **Inklusionsgedankens** durchgeführt werden (Spielgeräte für Kinder und Jugendliche mit Behinderung mit in die Planung aufnehmen). Angesichts der schlechten Spielplatzbilanz des Bezirks bemühen wir uns um zusätzliche Flächen und schließen eine Aufgabe vorhandener Spielplätze ohne Ersatzflächen aus.

22. Ressortaufteilung im Bezirksamt

CDU und Bündnis 90/ Die Grünen bilden eine Zählgemeinschaft und verabreden zur Abbildung des Wahlergebnisses vom 12. Februar 2023 die gemeinsam durch die beiden Fraktionen voll getragene Erneuerung der Wahl der Bezirksbürgermeisterin auf Vorschlag von Bündnis 90/ Die Grünen sowie die Nachwahl eines Stadtrates für den Geschäftsbereich 4 sowie die Wahl einer/eines Stellvertretenden Bezirksbürgermeisterin/ Bezirksbürgermeisters auf Vorschlag der CDU für das Bezirksamt.

Die Mitglieder der Zählgemeinschaft im Bezirksamt unterstützen den Vorschlag der Bezirksbürgermeisterin im Bezirksamt zur Ressortverteilung. Die Zählgemeinschaft vereinbart folgende Ressortverteilung:

Geschäftsbereich 1: Bündnis 90/Die Grünen - Bezirksbürgermeisterin

Geschäftsbereich 2: SPD - Schul- und Sportamt, Amt für Weiterbildung und Kultur

Geschäftsbereich 3: Bündnis 90/Die Grünen - Ordnungsamt, Straßen- und Grünflächenamt, Umwelt- und Naturschutzamt

Geschäftsbereich 4: CDU – Stadtentwicklungsamt, Serviceeinheit Facility Management

Geschäftsbereich 5: CDU - Amt für Bürgerdienste, Amt für Soziales

Geschäftsbereich 6: CDU - Jugendamt, Gesundheitsamt, Qualitätsentwicklung, Planung und Koordination des öffentlichen Gesundheitsdienstes (QPK)

Die Partner stimmen darin überein, dass das Stadtentwicklungsamt, das Straßen- und Grünflächenamt, das Umwelt- und Naturschutzamt sowie ggf. der Bereich Facility Management ab der nächsten Wahlperiode wieder in eine Abteilung des Bezirksamts zusammengeführt werden sollten. Hierfür werden wir bereits in der restlichen Zeit dieser Wahlperiode die Voraussetzungen schaffen.

Solche Maßnahmen des Straßen- und Grünflächenamtes im Bereich des Tiefbaus, die zu Veränderungen des Straßenquerschnitts und/oder zur Änderung der Widmung von Verkehrsflächen führen sollen, werden nur im Einvernehmen mit der Leitung der Abteilung Stadtentwicklung und Liegenschaften erfolgen.

Die Einzelheiten der Durchführung der vorgenannten Grundsätze werden die beteiligten Bezirksstadträte nach der ausstehenden Nachwahl zum Bezirksamt kurzfristig miteinander verbindlich vereinbaren.